
66/A(E) XXV. GP

Eingebracht am 20.11.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Hofer, Dr. Belakowitsch-Jenewein, Kitzmüller
und weiterer Abgeordneter

betreffend Schaffung von zusätzlichen Kinder-Rehapläätzen

Laut Experten hat Österreich in der Kinder-Rehabilitation kapazitätsmäßig enormen Nachholbedarf. 4.000 bis 6.000 Kinder und Jugendliche brauchen jährlich Rehabilitationsmaßnahmen, wofür österreichweit 350 bis 450 Rehabilitationsbetten erforderlich sind, so die Österreichische Ärztekammer.

Ärztekammer-Vizepräsident Johann Steinhart zeigt auf, dass es tatsächlich gerade einmal 52 Kinder-Rehabetten im gesamten Bundesgebiet gibt, und diese auf Monate hin ausgebucht wären. Eine Umsetzung der Schaffung der notwendigen vier Kinderrehabzentren scheitert an den österreichischen Bundesländern, die sich als Krankenanstaltenträger dagegen stellen.

Laut Steinhart gibt es einen vom Gesundheitsministerium absegneten Rehaplan und die Bereitschaft der Sozialversicherungsträger, ihren Anteil an der Schaffung zusätzlicher Kinder-Rehapläätze zu finanzieren. Die Diskussion um diesen Ausbau der Kinder-Reha läuft nun schon seit vierzehn Jahren ohne Aussicht auf ein positives Ergebnis für die Betroffenen. Durch die Finanzierungs-Blockade der Bundesländer für die Kinder-Reha geht hier wertvolle Zeit für kranke Kinder verloren. Prof. Reinhold Kerbl, als Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde (ÖGKJ) nennt es einen Schlag ins Gesicht der betroffenen kranken Kinder.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Das Bundesministerium für Gesundheit wird aufgefordert, mit den österreichischen Bundesländern auf der Grundlage des geltenden Rehaplans die Schaffung der vier geplanten Kinder-Rehazentren mit einer Kapazität von 450 Rehabetten umgehend umzusetzen."

In formeller Hinsicht wird verlangt, diesen Antrag dem Budgetausschuss zuzuweisen.